

**FARBE BEKENNEN.**

**SAGEN, WAS WIR WOLLEN.**

**TUN, WAS WIR SAGEN.**

SACHSEN-  
ANHALT

**SPD**



---

**16. LANDESPARTEITAG  
DER SPD SACHSEN-ANHALT**

**24.-25. Januar 2020  
in Aschersleben**

---

**BESCHLUSSBUCH**

# Inhaltsverzeichnis

<b>A Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik</b>	<b>1</b>
<b>A1 Fairer Handel mit Afrika</b>	
.....	1
<b>A3 Erhöhung der Strafen wegen Mindestlohnverstößen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	1
<b>A4 Gleichstellung von allgemeinverbindlichen Rahmentarifverträgen</b>	
.....	1
<b>A5 Recht auf Betriebsversammlungen für Gewerkschaften</b>	
.....	2
<b>A8 Prüfauftrag des Gesetzes zur Zusammenlegung der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflegeausbildung</b>	
.....	2
<b>A10 Azubiticket jetzt in Sachsen-Anhalt einführen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	3
<b>A11 Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen verlässlich regeln</b>	
.....	3
<b>B Bildungspolitik und Wissenschaft</b>	<b>3</b>
<b>B1 Ausbeutung in der Sackgasse „Lehrkraft für besondere Aufgaben“ beenden – Wissenschaftszeitvertragsgesetz ändern</b>	
.....	4
<b>B2 Schulen mit besonderen Herausforderungen besser unterstützen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	4
<b>B3 Schulsozialarbeitende an allen Schulen des Landes</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	5
<b>B4 Gründungssemester einführen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	5

<b>B5 Arbeit mit dem Medienkoffer verstetigen und Ausweiten</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	5
<b>B6 Medienkoffer verstetigen und ausweiten</b>	
. . . . .	6
<b>B7 Zugang zur Bildung und sozialer Teilhabe stärken – Bürokratieabbau beim Bildungs- und Teilhabegesetz</b>	
. . . . .	7
<b>B9 Solidarität mit den Gemeinschaftsschulen - Keine Schließung von Bildungsgängen an den Gemeinschaftsschulen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	7
<b>B10 „Wiederbelebung“ an Schulen einführen – KMK-Beschluss umsetzen</b>	
. . . . .	8

**C Gesundheits- und Sozialpolitik** 8

<b>C2 Senkung der Mindestbeitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige</b>	
. . . . .	9
<b>C3 Reform der Rentenbeitragszahlung und Krankenkassenbeiträge</b>	
. . . . .	9
<b>C4 Opt-out-Regelung abschaffen</b>	
. . . . .	9
<b>C5 Gesetzliche Krankenversicherung für Beamte öffnen</b>	
. . . . .	10
<b>C6 Ausbau der medizinischen Versorgung für Menschen mit psychischen Erkrankungen</b>	
. . . . .	10
<b>C7 Pflegende Angehörige stärken</b>	
. . . . .	11
<b>C8 Für die Abschaffung der im SGB II verankerten Sanktionsmöglichkeiten</b>	
. . . . .	11

<b>C9 Anrechnung des Kindesunterhalts auf das Arbeitslosengeld II abschaffen</b>	<b>12</b>
.....	
<b>C10 #Ehrenamtstärken</b>	<b>12</b>
.....	
<b>C11 Bereitstellung von Hygieneartikeln und Duschräumen für Wohnungslose</b>	<b>12</b>
.....	
<b>C12 ALG-II-Regelbedarf: Für eine Neuberechnung des Existenzminimums</b>	<b>13</b>
.....	
<b>C13 Gute Finanzierung der Jugendarbeit auf Landesebene sicherstellen</b>	<b>13</b>
.....	
<b>C14 Erweiterung der psychologischen Unterstützung für alleinerziehende Elternteile</b>	<b>14</b>
.....	
<b>C15 Förderung von „Erste Hilfe“– Maßnahmen und „Laien-Reanimation“</b>	<b>14</b>
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	
<b>C16 Prävention, Eindämmung und Bekämpfung von multiresistenten Keimen innerhalb der EU</b>	<b>14</b>
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	
<b>C17 Aufnahme von psychischen Erkrankungen in die Berufskrankheiten-Verordnung</b>	<b>15</b>
.....	
<b>C18 Änderung des §94 Absatz 6 Satz 1 im SGB VIII</b>	<b>16</b>
.....	
<b>C19 Forschung an Antibiotika Nachfolge-Wirkstoffen</b>	<b>16</b>
.....	
<b>C20 Das Ehrenamt stärken - Einführung einer Ehrenamtskarte für ehrenamtlich tätige Menschen in Sachsen-Anhalt</b>	<b>16</b>
.....	
<b>C21 Qualifizierte Mitarbeiter in Jobcentern - SGB II bei psychischen Erkrankungen</b>	<b>17</b>
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	

<b>C22 Schaffung ambulanter und ortsnahe Angebote für junge Menschen mit psychischer Erkrankung</b>	<b>17</b>
.....	
<b>C23 Sicherstellung barrierefreier medizinischer Versorgung im ambulanten und stationären Bereich</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	<b>18</b>
<b>C24 #Sachsen-Anhalt_Gesund_2030</b>	<b>18</b>
.....	
<b>C25 GKV für Beamte öffnen – Hamburger Modell auch für Sachsen-Anhalt</b>	
.....	<b>19</b>

## **D Umwelt-, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik** **20**

<b>D1 Erhöhung der Einkommensgrenzen der staatlichen Förderung für wohnwirtschaftliche Zwecke</b>	<b>21</b>
.....	
<b>D3 Agrarstrukturgesetz für Sachsen-Anhalt</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	<b>21</b>
<b>D4 Verbesserung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Ziel der Verringerung des Individualverkehrs</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	<b>22</b>
<b>D5 Schaffung eines konkreten Maßnahmenkatalogs zur Stärkung und Wiederbelebung des ländlichen Raums</b>	
.....	<b>22</b>
<b>D6 Der Nationalpark Harz ist kein Gegenstand für kurzfristige Profitbestrebungen</b>	
.....	<b>23</b>
<b>D7 Verbot für „to go“ Papier-/ Plastikartikel</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	<b>23</b>
<b>D8 Einführung eines verpflichtenden CO2 Emission Siegels auf allen Produkten</b>	
.....	<b>23</b>

**D9 Ausfuhrverbot von Müll und Produktionsabfällen**  
*Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 24

**D10 Ausweitung und Vereinheitlichung des deutschen Pfandsystems**  
*Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 24

**D11 Lebensmittel - Wegwerf-Verbot für Handelsbetriebe und Gastronomiebetriebe  
sowie alle Betriebe, die mit Lebensmitteln handeln**  
*Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 25

**E Innen, Außen- und Rechtspolitik** 25

**E1 Kostenfreie Rechtsberatung für Vereine in den Kommunen**  
. . . . . 26

**E2 Notwendige Änderung des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen in  
Sachsen-Anhalt**  
. . . . . 26

**E3 Änderung des § 56 Abs. 5 KVG**  
. . . . . 27

**E4 AfD durch den Verfassungsschutz beobachten lassen**  
*Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 27

**E5 Befreiung der Pumpspeicherkraftwerke von Netzentgelten**  
. . . . . 27

**E6 Verbot von Filterblasen in sozialen Netzwerken**  
. . . . . 28

**E7 Schutz vor Diskriminierung ist Grundrecht**  
*Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 28

**E8 Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)**  
. . . . . 29

**E9 Kriminalstatistik zu frauenfeindlichen Straftaten**  
. . . . . 29

**E11 Keine ANKER-Zentren in Sachsen-Anhalt**  
*Annahme in geänderter Fassung* . . . . . 30

<b>E12 Kommunale Gründungsförderung stärken</b>	
.....	30
<b>E13 Jüdisches Erbe in Sachsen-Anhalt schützen und Zugänge für die Öffentlichkeit erschließen</b>	
.....	30
<b>E15 Weg mit Paragraph 219a</b>	
.....	31
<b>E16 Mutterschaft für lesbische Paare</b>	
.....	31
<b>E17 Alternative Lebensgemeinschaften anerkennen! – Für einen zivilen Solidaritätspakt</b>	
.....	32
<b>E18 8. März zum gesetzlichen Feiertag machen</b>	
.....	32
<b>E19 Eingeschränkte Begleitung von Großeinsätzen auf Social Media durch die Landespolizei</b>	
.....	33
<b>E20 Bundesweite Legalisierung für das „Containern“</b>	
.....	33
<b>E21 Verkaufsverbot von Heimtieren in Baumärkten</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	34
<b>E22 Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Heimtiere</b>	
.....	34
<b>E23 Exit Deutschland muss erhalten werden</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	35
<b>E25 Anerkennung von eSport als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung</b>	
.....	35
<b>E26 Kommunen endlich entlasten! KdU aus Bundesgeldern bezahlen!</b>	
.....	35

<b>E27 Erhöhung der Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch von Minderjährigen</b>	
.....	36
<b>E29 Ausmaße Digitaler Gewalt erkennen und handeln!</b>	
.....	36
<b>E30 Freier Zugang zu Beratung - Einrichtung von Schutzzonen vor Schwangerenberatungsstellen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	37
<b>E31 Sicherung der Betreuung für Kinder mit geistiger Behinderung über deren 14. Lebensjahr hinaus</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	37
<b>E32 Langfristige Unterstützung und Sicherung des barrierefreien Sachsen-Anhalts</b>	
.....	38
<b>E33 Das Inklusionsbüro für Sachsen-Anhalt endlich ins Leben rufen!</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	38
<b>E34 Umfassender Inklusionsbegriff im Sport</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> .....	39
<b>E35 Bundesteilhabegesetz in Kooperation mit Menschen mit Behinderungen weiterentwickeln</b>	
.....	40
<b>E36 Neuregelung der steuerlichen Privilegierung von Betriebsvermögen im deutschen Erbschaftsteuerrecht</b>	
.....	40
<b>E37 Einführung einer Finanzstransaktionssteuer</b>	
.....	40
<b>E38 Abschaffung der „Kalten Progression“ im Einkommensteuerrecht</b>	
.....	41
<b>E39 Besteuerung von Spekulationsgewinnen aus Geschäften mit Immobilien, Kunstgegenständen und Luxusgütern</b>	
.....	41



<b>L Landtagswahl 2021</b>	<b>41</b>
<b>L1 Zwischenstand: Was wir erreicht haben, wo wir hin wollen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	42
<b>I Initiativeanträge</b>	<b>46</b>
<b>I1 Eine leistungsfähige, öffentliche Krankenhauslandschaft für ganz Sachsen-Anhalt</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	47
<b>I2 Zukunft der Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt</b>	
. . . . .	49
<b>I3 Mehr Schutz für gesellschaftlich engagierte Menschen in Sachsen-Anhalt</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	49
<b>I4 Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	50
<b>O Organisationspolitik</b>	<b>50</b>
<b>O1 Für eine dritte Geschlechteroption in offiziellen SPD-Dokumenten</b>	
. . . . .	51
<b>O2 Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung und demokratischer Widerstand gegen Unterstützer*innen dieser Bewegung und ihre Aktionen</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	51
<b>O3 Verbot von Parteispenden aus der Rüstungsindustrie</b>	
. . . . .	52
<b>O4 Barrierefreie Kommunikation auch parteiintern</b>	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i> . . . . .	52
<b>O6 Auf Barrierefreiheit ist bei allen Veranstaltungen der SPD hinzuwirken</b>	
. . . . .	53
<b>O7 Signal statt WhatsApp</b>	
. . . . .	53

**O8 Europa als ein Schwerpunkt des Landesvorstandes**  
..... 54

**S Satzungsänderung** 54

**S1 Reform der Antragskommission**  
..... 55

**S2 Antragsrecht für Landesfachausschüsse**  
..... 55

## A Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik

### A1

#### Beschluss

### Fairer Handel mit Afrika

Überweisen an

FA Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, ländlicher Raum und Umwelt

---

### A3

#### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Erhöhung der Strafen wegen Mindestlohnverstößen

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Sanktionen für Verstöße gegen den gesetzlichen bzw. gegen branchenbezogene Mindestlöhne erhöht werden.

---

### A4

#### Beschluss

## **Gleichstellung von allgemeinverbindlichen Rahmentarifverträgen**

Die Nicht-Einhaltung allgemeinverbindlicher Rahmentarifverträge wird als Verstoß gewertet. Diese Verstöße gegen allgemeinverbindliche Rahmentarifverträge werden genauso wie Mindestlohnverstöße geahndet.

---

**A5**

**Beschluss**

## **Recht auf Betriebsversammlungen für Gewerkschaften**

In Betrieben ohne Betriebsrat fallen die Rechte aus Paragraph 43 des Betriebsverfassungsgesetzes (regelmäßige Betriebs- und Abteilungsversammlungen) an die im Betrieb vertretene Gewerkschaft.

---

**A8**

**Beschluss**

## **Prüfauftrag des Gesetzes zur Zusammenlegung der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflegeausbildung**

---

## A10

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Azubiticket jetzt in Sachsen-Anhalt einführen**

Die Landtagsfraktion sowie die SPD Mitglieder der Landesregierung und des Koalitionsausschusses werden aufgefordert sich perspektivisch für die Einführung eines Tickets für Auszubildende in den aktuellen Haushalt einzusetzen.

---

## A11

### **Beschluss**

### **Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen verlässlich regeln**

Überweisen an

Landtagsfraktion

## B Bildungspolitik und Wissenschaft

### B1

#### Beschluss

### **Ausbeutung in der Sackgasse „Lehrkraft für besondere Aufgaben“ beenden – Wissenschaftszeitvertragsgesetz ändern**

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) ist dahingehend zu ändern, dass Tätigkeiten als so genannte Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA) nicht mehr auf die im WissZeitVG verankerten Regelungen für Qualifikationszeiten angerechnet werden. Vorbild für diese Änderung kann die Streichung der Anrechnung wissenschaftlicher Hilfskraftstellen während des Masterstudiums sein; welchen einen ähnlichen Mechanismus folgte und auf Basis gerichtlicher Entscheidungen novelliert wurde.

---

### B2

#### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Schulen mit besonderen Herausforderungen besser unterstützen**

Schulen, die besondere Herausforderungen aufweisen, wie beispielsweise ein hoher Anteil von Kindern mit Förderbedarfen, Kinder in der Sprachförderung oder soziale Faktoren, sollen eine höhere Personalzuweisung erhalten.

---

**B3****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Schulsozialarbeitende an allen Schulen des Landes**

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass Schulsozialarbeit flächendeckend an allen Schulen zum Einsatz kommt, um die Förderung von Schülerinnen und Schülern bestmöglich zu unterstützen.

---

**B4****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

**Gründungssemester einführen**

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass Studierende bei Gründungen innerhalb des Studiums ein sogenanntes „Gründungssemester“ nutzen können, um Nachteile für das Studium zu vermeiden.

---

**B5****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

## Arbeit mit dem Medienkoffer verstetigen und Ausweiten

Die SPD-Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, die Rahmenbedingungen für die Arbeit mit Medienkoffern zur Sensibilisierung von Kindern in Bezug auf geschlechtliche Identitäten, Familienmodelle und Rollenbilder zu verbessern und somit zu einer breiten Wirksamkeit dieser wichtigen Bildungsmöglichkeit für Kinder und deren Familien beizutragen. Konkret sind hierbei insbesondere folgende Maßnahmen in den Blick zu nehmen:

- Die Absicherung der Arbeit mit den Medienkoffern durch eine vom Land finanzierte Stellenstruktur zur Koordinierung der Ausleihen und Schulung der ausleihenden Erzieher\*innen ist zu gewährleisten.
- Die Anzahl der Koffer ist insoweit zu erhöhen, als das in jedem Landkreis sowie jeder Kreisfreien Stadt jeweils mindestens ein Koffer für die beiden Altersgruppen zur Verfügung steht.
- Über den Inhalt des Koffers sollen die Eltern aufgeklärt werden, z.B. bei Elternabenden oder ähnlichen Treffen, damit keine weiteren emotionalen Debatten auf Grund von Fehlinformationen entstehen können.

Die aktuelle, stark mangelhafte Verfügbarkeit der Kitakoffer führt dazu, dass Einrichtungen selbst bei vollständig optimierten Ausleihzeiten und unter der unrealistischen Annahme von 52 potentiellen Ausleihwochen im Jahr bis zu 14 Jahre darauf warten müssten, einen Koffer ausleihen zu können. Dies ist selbst ohne die Berücksichtigung der durchschnittlichen Verweildauer von Kindern in den entsprechenden Einrichtungen von wenigen Jahren vollends unangemessen und spiegelt in keiner Weise die Bedeutung dieses Projektes für eine gendersensible, offene Erziehung und Bildung von Kindern wieder. Diesem Zustand ist daher, insbesondere durch die skizzierten Maßnahmen, zügig und angemessen entgegen zu wirken.

---

**B6**

**Beschluss**



## Medienkoffer verstetigen und ausweiten

---

**B7**

**Beschluss**

### **Zugang zur Bildung und sozialer Teilhabe stärken – Bürokratieabbau beim Bildungs- und Teilhabegesetz**

Überweisen an

FA Innen und Kommunales, FA Soziales

---

**B9**

**Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Solidarität mit den Gemeinschaftsschulen - Keine Schließung von Bildungsgängen an den Gemeinschaftsschulen**

Die SPD fordert, dass die Parameter der Schulentwicklungsplanung für alle Schulformen unverändert bleiben. Es darf keine weiteren Schulschließungen geben. Die Gemeinschaftsschulen mit eigener Oberstufe erhalten für einen angemessenen Zeitraum des Aufwachsens und der Etablierung des neuen Angebotes eine Bestandsgarantie. Die öffentliche Berichterstattung hat Verunsicherung bei Schülern, Eltern und Lehrkräften ausgelöst. Die SPD Fraktion wird aufgefordert kurzfristig eine Lösung zu erreichen, die Sicherheit und Vertrauen wieder herstellt.

---

## B10

### Beschluss

#### **„Wiederbelebung“ an Schulen einführen – KMK-Beschluss umsetzen**

„Früh übt sich“ gilt auch für die Laienreanimation. Deshalb hat sich die Kultusministerkonferenz im Jahr 2014 dafür ausgesprochen, dass die Länder das Thema „Wiederbelebung“ ab Jahrgangsstufe 7 mit zwei Unterrichtsstunden pro Jahr in Ihren Bildungsplan aufnehmen.

Eine Umsetzung dieses wichtigen Vorhabens ist bislang in Sachsen-Anhalt nicht erfolgt.

Wir wollen die Laienreanimationsquote erhöhen. Der Ansatz schon junge Menschen dafür zu sensibilisieren und auszubilden ist richtig. Deshalb fordern wir als SPD Sachsen-Anhalt den Kultusminister unseres Landes auf, den Beschluss der KMK umzusetzen und das Thema „Wiederbelebung“ im Rahmen von zwei Unterrichtsstunden pro Jahr ab Jahrgangsstufe 7 verpflichtend in den Bildungsplan des Landes einzuführen. Lehrkräfte müssen entsprechend geschult werden.

Das Thema soll im Rahmen der Selbstbefassung auch von unseren Bildungs- und Gesundheitspolitikern aufgegriffen und begleitet werden.

## C Gesundheits- und Sozialpolitik

**C2**

**Beschluss**

**Senkung der Mindestbeitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstständige**

---

**C3**

**Beschluss**

**Reform der Rentenbeitragszahlung und Krankenkassenbeiträge**

---

**C4**

**Beschluss**

**Opt-out-Regelung abschaffen**

Überweisen an

ASG, Landtagsfraktion

## C5

### Beschluss

#### **Gesetzliche Krankenversicherung für Beamte öffnen**

Beamte und Beamtinnen des Landes und der Kommunen Sachsen-Anhalts wird zu Beginn der Verbeamtung das Wahlrecht eingeführt, sich zwischen gesetzlicher und privater Versicherung zu entscheiden. Hierzu wird die bestehende Beihilfe für Beamte entsprechend angepasst.

---

## C6

### Beschluss

#### **Ausbau der medizinischen Versorgung für Menschen mit psychischen Erkrankungen**

##### Überweisen an

Landtagsfraktion (zur Aufnahme in die Beratungen zum PsychKG)

---

## C7

### Beschluss

#### **Pflegende Angehörige stärken**

Pflegebedürftige Menschen werden in Deutschland zum überwiegenden Teil in der häuslichen Umgebung versorgt. Pflegenden Angehörigen kommt demnach eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe zu. Wir fordern daher, dass

- über die Situation pflegender Angehöriger regelmäßig und in einer geschlechtergerechten Darstellung berichtet wird und
- zusammen mit den relevanten Akteuren Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Situation pflegender Angehöriger aufgezeigt werden.

---

## C8

### Beschluss

#### **Für die Abschaffung der im SGB II verankerten Sanktionsmöglichkeiten**

---

**C9**

**Beschluss**

**Anrechnung des Kindesunterhalts auf das Arbeitslosengeld II abschaffen**

---

**C10**

**Beschluss**

**#Ehrenamtstärken**

**Überweisen an**

Landtagsfraktion (zur Aufnahme in die Beratungen zur Engagementstrategie)

---

**C11**

**Beschluss**

**Bereitstellung von Hygieneartikeln und Duschräumen für Wohnungslose**

**Überweisen an**

FA Innen und Kommunales, FA Soziales, Landtagsfraktion

---

## **C12**

### **Beschluss**

#### **ALG-II-Regelbedarf: Für eine Neuberechnung des Existenzminimums**

Die SPD Sachsen Anhalt setzt sich für eine realistischere Berechnung des Existenzminimums ein und fordern, diese zukünftig wieder mit der Warenkorb-Methode durchzuführen, welche schon zwischen 1955 und 1990 zur Berechnung der sozialen Mindestsicherung verwendet wurde.

---

## **C13**

### **Beschluss**

#### **Gute Finanzierung der Jugendarbeit auf Landesebene sicherstellen**

**Überweisen an**

Wahlprogrammkommission

---

## C14

### Beschluss

## Erweiterung der psychologischen Unterstützung für alleinerziehende Elternteile

### Überweisen an

AG Selbst Aktiv, ASG, FA Soziales, Landtagsfraktion

---

## C15

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Förderung von „Erste Hilfe“- Maßnahmen und „Laien-Reanimation“

Die SPD setzt sich dafür ein die Quote von Laien-Reanimationen in Deutschland und das generelle Anwenden von Erste-Hilfe-Maßnahmen in der Bevölkerung zu steigern. Dazu soll die SPD durch das Anbieten von Erste-Hilfe-Kursen innerhalb ihrer Mitgliedschaft als gutes Beispiel voran gehen.

---

## C16

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung



## **Prävention, Eindämmung und Bekämpfung von multiresistenten Keimen innerhalb der EU**

Die S&D-Fraktion und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert Möglichkeiten der Prävention, Eindämmung und Bekämpfung multiresistenter Keime zu prüfen und anzuwenden. Hierzu soll ein Etat für die intensive Forschung an Bakteriophagen bereitgestellt werden, welche die vielversprechendste Möglichkeit zur Bekämpfung von multiresistenten Keimen darstellt. Weiterhin sollten sich Staaten innerhalb der EU am Sicherheitskonzept von Kliniken in den Niederlanden ein Beispiel nehmen. Außerdem sollen auch die Auswirkungen des Antibiotikaeinsatz in der intensiven Tierhaltung berücksichtigt werden und möglichst eingedämmt werden. Darüber hinaus sollen verpflichtend Reinigungsintervalle und klare Regelungen zur Einhaltung der Einwirkzeiten von Desinfektionsmitteln geschaffen werden.

---

### **C17**

#### **Beschluss**

## **Aufnahme von psychischen Erkrankungen in die Berufskrankheiten-Verordnung**

Die SPD soll sich dafür stark machen, dass psychische Erkrankungen, die durch Arbeitsverdichtung, durch Überbelastung und Überforderung am Arbeitsplatz entstehen, als Berufskrankheiten anerkannt und in die Berufskrankheiten-Verordnung aufgenommen werden.

---

## C18

### Beschluss

#### **Änderung des §94 Absatz 6 Satz 1 im SGB VIII**

In §94 IV SGBVIII soll der Kostenbeitrag von 75% auf 40% reduziert werden. Zusätzlich sollen die jungen Menschen intensiver über die Möglichkeit einer Befreiung von der Kostenheranziehung informiert und bei der Stellung eines solchen Antrags aktiv unterstützt werden.

---

## C19

### Beschluss

#### **Forschung an Antibiotika Nachfolge-Wirkstoffen**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine nationale und/oder europäische Forschungsinitiative einzusetzen, die das Ziel hat, bis zum Jahr 2030 einsatzbereite Nachfolge-Wirkstoffe für die bisherigen Antibiotika zu entwickeln.

---

## C20

### Beschluss

## **Das Ehrenamt stärken - Einführung einer Ehrenamtskarte für ehrenamtlich tätige Menschen in Sachsen-Anhalt**

Überweisen an

AG Engagement- und Demokratieförderung, FA Innen und Kommunales, Landtagsfraktion, Wahlprogrammkommission

---

**C21**

**Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Qualifizierte Mitarbeiter in Jobcentern - SGB II bei psychischen Erkrankungen**

Die SPD-Bundestagfraktion wird aufgefordert, für den Bereich der Leistungsempfänger mit psychischen Erkrankungen im SGB II hinzuwirken, dass in den Jobcentern die Qualifizierung der Mitarbeiter verstärkt wird, um für diesen besonderen Personenkreis vorbereitet zu sein. Der bisherige Verzicht des Gesetzgebers auf jegliche verfahrensrechtliche Umsetzung eines Betreuungskonzeptes, führt hier besonders bei diesem Personenkreis, zu negativen Entwicklungen bei dem Ziel gem. §14 Abs.1 SGB II diese in Arbeit einzugliedern.

---

**C22**

**Beschluss**

### **Schaffung ambulanter und ortsnaher Angebote für junge Menschen mit psychischer Erkrankung**

Die Landtagsfraktion wird gebeten, sich im Rahmen der Novellierung des PsychKG auch für die Schaffung ambulanter und ortsnaher Angebote für junge Menschen mit psychischen Erkrankungen einzusetzen.

---

## C23

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Sicherstellung barrierefreier medizinischer Versorgung im ambulanten und stationären Bereich**

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, bei der Vergabe von Förder- und Investitionsmitteln an Krankenhäuser und medizinische Versorgungszentren die Schaffung von Barrierefreiheit, insbesondere im kommunikativen Bereich, verpflichtend zu berücksichtigen.

---

## C24

### Beschluss

### **#Sachsen-Anhalt\_Gesund\_2030**

Beantragt wird, dass ein umfassender, zukunftssicherer und finanziell abgesicherter Plan zur gesundheitlichen Versorgung der Menschen in Sachsen-Anhalt erstellt wird. Dieser muss alle Bereiche der gesundheitlichen Versorgung mit einbeziehen. Diese Planung umfasst die langfristige Sicherstellung der medizinischen Versorgung, bestehend aus

- Sektorenübergreifender Haus- und fachärztlichen Versorgung

- Akut- bzw. Notfallversorgung (ambulant und stationär)
- Prävention und Pflege

und zwar in allen Teilen des Landes, für alle Bewohner Sachsen-Anhalts, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land.

Die zentralen Bereiche der Gesundheitsversorgung müssen ineinandergreifend sichergestellt werden:

1. Die medizinische Routineversorgung durch den Hausarzt
2. Die fachärztliche Versorgung
3. Die Notfallversorgung
4. Die stationäre Versorgung auf höchstem Niveau in entsprechenden strategisch verteilten Einrichtungen
5. Die Sicherstellung der Pflege in allen Bereichen einschließlich deren Finanzierung
6. Prävention in den Lebenswelten, um Krankheit zu vermeiden und Gesundheit möglichst lange zu erhalten

Sind auch bisherige Maßnahmen zur Sicherung der medizinischen Versorgung in Sachsen-Anhalt zahlreich, engagiert und substantiell, ist doch für alle Beteiligten abzusehen, dass große Lücken entstehen werden. Jetzt ist der Zeitpunkt erreicht, durch entschlossenes, proaktives Handeln die medizinische Versorgung in Sachsen-Anhalt zukunftssicher zu gestalten. Alleinige REAKTION auf die aktuellen Entwicklungen (fehlende ärztliche Versorgung, KH-Schließungen, etc.) führt nicht zu Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik.

---

## **C25**

### **Beschluss**

## **GKV für Beamte öffnen – Hamburger Modell auch für Sachsen-Anhalt**



## D Umwelt-, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik

### D1

#### Beschluss

### **Erhöhung der Einkommensgrenzen der staatlichen Förderung für wohnwirtschaftliche Zwecke**

Die Einkommensgrenzen beim Sparen in Verträge für die wohnwirtschaftliche Verwendung sollen erhöht und jährlich automatisch mit der durchschnittlichen Lohnsteigerungsrate angepasst werden. Zum Zeitpunkt der letzten Anpassung der Einkommensgrenzen 1996 lag der Durchschnittsbruttoverdienst bei 24.300 Euro; 2017 bereits bei 34.356 Euro (Steigerung von 41,4%). Daher sollten die Einkommensgrenzen für Ledige auf 36.198 Euro (Bemessungsgrundlage 25.600 Euro aus 2009) erhöht werden.

---

### D3

#### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Agrarstrukturgesetz für Sachsen-Anhalt**

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für ein Agrarstrukturgesetz für Sachsen-Anhalt einzusetzen.

Ziel soll es sein, Landgrabbing möglichst einzudämmen.

---

## D4

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Verbesserung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Ziel der Verringerung des Individualverkehrs**

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert:

1. Einführung eines deutlichen Preisnachlasses für Berufspendler bei Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstelle als Alternative zur Entfernungspauschale (Pendlerpauschale).
2. Kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für Schülerinnen/Schüler, Auszubildende und Studierende zwischen ihrer Wohnung und der Ausbildungseinrichtung.

---

## D5

### Beschluss

### **Schaffung eines konkreten Maßnahmenkatalogs zur Stärkung und Wiederbelebung des ländlichen Raums**

Überweisen an

Wahlprogrammkommission

---



## D6

### Beschluss

#### **Der Nationalpark Harz ist kein Gegenstand für kurzfristige Profitbestrebungen**

Überweisen an

FA Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, ländlicher Raum und Umwelt

---

## D7

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

#### **Verbot für „to go“ Papier-/ Plastikartikel**

Wir setzen uns für ein Verbot von Einwegartikel ein.

---

## D8

### Beschluss

#### **Einführung eines verpflichtenden CO2 Emission Siegels auf allen Produkten**

## Überweisen an

FA Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, ländlicher Raum und Umwelt

---

## D9

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Ausfuhrverbot von Müll und Produktionsabfällen

Der Verkauf von Produktionsabfällen sowie anderen Müllprodukten in Nicht-EU-Länder soll verboten werden.

---

## D10

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### Ausweitung und Vereinheitlichung des deutschen Pfandsystems

Ziel des Antrages ist die Einführung einer einheitlichen und vollumfänglichen Bepfandung aller Plastik- und Glasflaschen sowie Getränkedosen zu einem einheitlichen Pfand von 0,25 €, unabhängig vom Inhalt der Flaschen/Dosen. Individualflaschen und Einwegflaschen sollen eingeschränkt werden.

---

## D11

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Lebensmittel - Wegwerf-Verbot für Handelsbetriebe und Gastronomiebetriebe sowie alle Betriebe, die mit Lebensmitteln handeln**

Handelsbetriebe und Gastronomiebetriebe sollen gesetzlich dazu in die Lage versetzt werden, überschüssige und noch gute Lebensmittel nicht wegzuwerfen, sondern diese an gemeinnützige Organisationen zu spenden.

Die Bundestagsfraktion wird gebeten zu prüfen, ob das Einsammeln und Verwenden von weggeworfenen Lebensmitteln aus Abfallcontainern von Supermärkten zukünftig straffrei zu stellen ist.

**E Innen, Außen- und Rechtspolitik**

**E1**

**Beschluss**

**Kostenfreie Rechtsberatung für Vereine in den Kommunen**

Überweisen an

AsJ

---

**E2**

**Beschluss**

**Notwendige Änderung des Berechnungsverfahrens bei Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt**

Überweisen an

FA Innen und Kommunales

---

**E3****Beschluss****Änderung des § 56 Abs. 5 KVG**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass im § 56 Absatz 5 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt folgender Satz angefügt wird:

Es ist ein zweiter Wahlgang nach den Sätzen 1-2 möglich, wenn im ersten Wahlgang nicht alle Stellen besetzt werden konnten.

---

**E4****Beschluss**

**Annahme in geänderter Fassung**

**AfD durch den Verfassungsschutz beobachten lassen**

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt wird aufgefordert, die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz erneut prüfen zu lassen.

---

**E5****Beschluss**

## **Befreiung der Pumpspeicherkraftwerke von Netzentgelten**

Überweisen an

FA Energie und Klima

---

**E6**

### **Beschluss**

#### **Verbot von Filterblasen in sozialen Netzwerken**

Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Filterblasen, welche von sozialen Netzwerken zur gezielten individuellen Werbung von Produkten genutzt werden, in der aktuellen Form verboten und durch eine Alternative ersetzt werden, die dem Nutzer garantieren, dass er einen freien und ausgewogenen Zugriff auf Informationen erhält.

---

**E7**

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

#### **Schutz vor Diskriminierung ist Grundrecht**

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich weiterhin für die Aufnahme des Merkmals „sexuelle Identität“ in Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 des Grundgesetzes einzusetzen.

---

## E8

### Beschluss

#### Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für ein Landesantidiskriminierungsgesetz einzusetzen. Hierbei sollen die Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf die öffentliche Verwaltung mit entsprechenden landesrechtlichen Ergänzungen übertragen werden. Besondere rechtliche Beachtung müssen die Bereiche der Bildung, Gesundheit, des Vergaberechts, des Sozialen und der inneren Sicherheit erfahren.

---

## E9

### Beschluss

#### Kriminalstatistik zu frauenfeindlichen Straftaten

Wir fordern, dass die Unterkategorie "Misogynie/Frauenfeindlichkeit" in die Polizeiliche Kriminalstatistik für politisch motivierte Straftaten aufgenommen wird und dass frauenfeindliche Straftaten konsequenter als solche geahndet und präventive Maßnahmen gegen frauenfeindliche Kriminalität ergriffen werden. Dieser Zusatz ist insbesondere deshalb wichtig, da eine Zunahme von Cybermobbing gegenüber Frauen, die im Internet aktiv sind, zu verzeichnen ist. Wir fordern, dass veranlasst wird, dass in jedem Bundesland für die polizeilichen Kriminalstatistiken im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung oder im Bereich der Körperverletzung die Kategorie „Genitalverstümmelung“ aufgenommen wird.

---

**E11**

## **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Keine ANKER-Zentren in Sachsen-Anhalt**

Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich gegen ANKER-Zentren in Sachsen-Anhalt ein. Nach geltender Rechtslage ist das Land Sachsen-Anhalt nicht verpflichtet das umzusetzen.

---

**E12**

## **Beschluss**

### **Kommunale Gründungsförderung stärken**

Überweisen an

FA Innen und Kommunales, FA Wirtschaft, Wahlprogrammkommission

---

**E13**

## **Beschluss**

### **Jüdisches Erbe in Sachsen-Anhalt schützen und Zugänge für die Öffentlichkeit erschließen**



Die SPD Sachsen-Anhalt setzt sich dafür ein, dass das jüdische Erbe geschützt und durch Förderung zu Bildungsorten umgewandelt wird. Der tägliche Antisemitismus wird immer wieder durch die Entmenschlichung und Entfremdung der Jüd\*innen befeuert. Dabei ist Sachsen-Anhalt für viele Jahrhunderte Heimat jüdischer Menschen gewesen und das ist an vielen Orten sichtbar und sollte durch finanzielle Aufwertung der Stätten und Einbindung in Tourismuskonzepte der Öffentlichkeit bewusst gemacht werden. Um das friedliche Zusammenleben in der Gegenwart zu stärken, ist es notwendig die gemeinsame Vergangenheit zu kennen und zu verstehen.

---

## **E15**

### **Beschluss**

#### **Weg mit Paragraph 219a**

Keine Kompromisse mit uns! Der Paragraph 219a des StGB muss vollständig gestrichen werden. Der aktuelle Kompromiss stellt keine ausreichende Lösung dar. Er stärkt weder die Informationsrechte von ungewollt Schwangeren noch führt er zu der beabsichtigten Rechtssicherheit für die betroffenen Ärzt\*innen.

---

## **E16**

### **Beschluss**

#### **Mutterschaft für lesbische Paare**

Um die noch immer bestehende Diskriminierung von Müttern in gleichgeschlechtlichen

Partnerschaften und deren Kindern zu beenden, muss das Abstammungsrecht novelliert werden. Dabei sind zwei Varianten abzubilden.

1. Es ist eine Mutterschaftsbekundung einzuführen, die analog zur bisherigen Anerkennung von Vaterschaften
2. Frauen, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft Ehe leben, werden als Mit-Mutter ab Geburt anerkannt.

Variante 1 ist dabei Variante 2 übergeordnet. Somit entfällt für Kinder, die in einer entsprechenden gleichgeschlechtlichen Partnerschaft, auf die der Punkt 1 bzw. 2 zutrifft, das bisher übliche Verfahren der Sukzessivad-Option.

---

## **E17**

### **Beschluss**

## **Alternative Lebensgemeinschaften anerkennen! – Für einen zivilen Solidaritätspakt**

Überweisen an

AG SPDqueer, AsF, AsJ

---

## **E18**

### **Beschluss**

## 8. März zum gesetzlichen Feiertag machen

Der 8. März soll zum Sachsen-Anhalt-weiten gesetzlichen Feiertag gemacht werden. Der Feiertag soll den Titel „Tag der Gleichberechtigung“ tragen.

---

### E19

#### Beschluss

### Eingeschränkte Begleitung von Großeinsätzen auf Social Media durch die Landespolizei

Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten, sich gegenüber des Landesinnenministeriums als Dienstaufsichtsbehörde der Landespolizei dafür einzusetzen, dass die Polizei des Landes Sachsen-Anhalt bei Großeinsätzen, etwa am Rande von Demonstrationen und Fußballspielen, die Begleitung auf Twitter und anderen sozialen Netzwerken auf das Notwendigste reduziert. Es sollen weder Fotografien von Besuchern solcher Veranstaltungen veröffentlicht werden noch soll es kommentierende Postings über den Verlauf des Einsatzgeschehens geben. Ausgenommen sind notwendige Informationen, etwa über Einschränkungen des Straßen- und Schienenverkehrs.

Deshalb soll ein ausführlicher Bericht der Polizei erfolgen, der für Transparenz über das Agieren der Polizei auf Twitter sorgt.

---

### E20

#### Beschluss

## Bundesweite Legalisierung für das „Containern“

---

**E21**

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Verkaufsverbot von Heimtieren in Baumärkten**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für ein Verkaufsverbot von Heimtieren in Baumärkten einzusetzen.

---

**E22**

### **Beschluss**

### **Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Heimtiere**

Überweisen an

FA Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, ländlicher Raum und Umwelt

---

## E23

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Exit Deutschland muss erhalten werden**

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für eine ausreichende und dauerhaft Finanzierung von EXIT Deutschland einzusetzen.

---

## E25

### **Beschluss**

### **Anerkennung von eSport als gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung**

Der § 52 Abs. 2 Abgabenordnung soll dahingehend geändert werden, dass eSport als gemeinnützig anerkannt wird.

---

## E26

### **Beschluss**

### **Kommunen endlich entlasten! KdU aus Bundesgeldern bezahlen!**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Kosten der Unterkunft (kurz: KdU) aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden sollen und somit die Kommunen finanziell zu entlasten.

---

## **E27**

### **Beschluss**

#### **Erhöhung der Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch von Minderjährigen**

Die SPD-Bundestagsfraktion möge sich dafür einsetzen, dass die Verjährungsfristen für die Verfolgung von Tatverdächtigem bei Verdacht auf sexuellem Missbrauch von Minderjährigen deutlich erhöht werden. Sowohl im Strafrecht als auch im Zivilrecht fordern wir eine Erhöhung auf 50 Jahre nach der Vollendung des 30. Lebensjahres.

---

## **E29**

### **Beschluss**

#### **Ausmaße Digitaler Gewalt erkennen und handeln!**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass digitale Gewalt wie bspw. Cyber-Stalking, zukünftig statistisch durch die Polizei oder eine andere staatliche Meldestelle erfasst wird. Zudem soll eine, möglichst europaweite, nach Geschlechtern differenzierte Studie zu Digitaler Gewalt und ihren Auswirkungen durchgeführt werden. Die Erkenntnisse der vorgenannten Maßnahmen sollen sowohl Teil der Aus- und Weiterbildung der juristischen Ausbildung als auch der Polizei werden.

---

## E30

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Freier Zugang zu Beratung - Einrichtung von Schutzzonen vor Schwangerenberatungsstellen**

Die SPD Sachsen-Anhalt spricht sich für den stärkeren Schutz von Schwangerschaftsberatungsstellen und Arztpraxen, in denen Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, aus. Sie bittet die SPD-Landtagsfraktion verbesserte Möglichkeiten eines geschützten Zugangs zu den Einrichtungen zu prüfen und für die Umsetzung geeigneter Maßnahmen einzusetzen.

---

## E31

### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Sicherung der Betreuung für Kinder mit geistiger Behinderung über deren 14. Lebensjahr hinaus**

Die Landtagsfraktion wird gebeten die Betreuung von Kindern mit (geistiger) Behinderung über deren 14. Lebensjahr hinaus (Nachmittags- und Ferienbetreuung) gesetzlich zu sichern.

## E32

### Beschluss

## Langfristige Unterstützung und Sicherung des barrierefreien Sachsen-Anhalts

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, das entstehende Kompetenzzentrum für Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt langfristig zu sichern und darüber hinaus die landesweite Initiative barrierefreies Sachsen-Anhalt weiter zu unterstützen.

---

## E33

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Das Inklusionsbüro für Sachsen-Anhalt endlich ins Leben rufen!

Bei öffentlichen Veranstaltungen und Fachdiskussionen sollen die Voraussetzungen und Inhalte der Inklusion dargestellt und gemeinsam mit den Beteiligten erörtert werden. Beim direkten Kontakt mit Menschen und Projekten vor Ort sowie den unterschiedlichen Akteuren der Zivilgesellschaft (z. B. Verbände, Vereine, Sozialpartner, Kirchen, Unternehmen, Kammern und Parteien) gilt es das Ziel zu verfolgen, Informationen auszutauschen, Partner zu gewinnen und gemeinsame Handlungsstrategien zu entwickeln. Darüber hinaus steht das Erörtern von Erkenntnissen und die notwendigen Handlungsschritte im Gespräch mit den zuständigen Stellen in Organisationen und in Verwaltungen im Fokus der Betrachtung, um diese für die Umsetzung zu motivieren und zu befähigen. .

Ein zentraler Schwerpunkt könnte unter anderem die Beratung für Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter, die einer besonderen Förderung bedürfen, sein.



Unter der Anbindung an das Ministerium für Arbeit und Soziales (Geschäftsstelle), einem Interessennetzwerk behinderter Menschen, dem Landesbehindertenbeirat und weiteren Institutionen und Unterstützer sollte das Büro aktiviert sein.

### **Überweisen an**

Landtagsfraktion

---

## **E34**

### **Beschluss**

**Annahme in geänderter Fassung**

## **Umfassender Inklusionsbegriff im Sport**

Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für einen umfassenden Inklusionsbegriff ein, der in Erweiterung integrativer Vorhaben die Teilhabe und Mitentscheidung von Menschen mit Behinderungen von Anfang an festlegt und gesellschaftlich übergreifend ist. Ein umfassendes Konzept zum Bereich Inklusion im Sport ist hierbei mit und durch die SPD zu begleiten.

Die SPD wird auf Landes- und kommunaler Ebene Sportangebote behinderter und nichtbehinderter Menschen fördern. Die eigenen Organisationen, die Sportverbände und die Verbände des Behindertensports werden aufgefordert, mit Unterstützung der SPD und ihrer Mandats-träger in ihren verbandlichen Strukturen den Anforderungen an Inklusion zu entsprechen und behinderte Menschen in ihre Leitungs- Trainer- und sonstige verbandliche Arbeit einzubeziehen oder gezielt hierauf vorzubereiten.

Als Ergänzung zum traditionellen Angebot müssen Breiten-, Reha- und Leistungssport mit inklusiven Konzepten durchdrungen sein, um so vor Ort inklusiven Sport in den unterschiedlichen Sportarten, umzusetzen.

Bei Neu- und Umbauten sind barrierefreie Standards einzuhalten.

---

**E35**

**Beschluss**

## **Bundesteilhabegesetz in Kooperation mit Menschen mit Behinderungen weiterentwickeln**

---

**E36**

**Beschluss**

## **Neuregelung der steuerlichen Privilegierung von Betriebsvermögen im deutschen Erbschaftsteuerrecht**

Der SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt spricht sich für die Neuregelung der erbschaftsteuerlichen Sonderregelungen von großen Betriebsvermögen aus. Insbesondere soll die erbschaftsteuerliche Privilegierung von großen Betriebsvermögen überprüft werden.

---

**E37**

**Beschluss**

## **Einführung einer Finanztransaktionssteuer**

---

## E38

### Beschluss

#### **Abschaffung der „Kalten Progression“ im Einkommensteuerrecht**

Der SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt spricht sich für die Abschaffung der kalten Progression aus. Der deutsche Einkommensteuertarif sowie wichtige weitere Kennziffern der deutschen Einkommensbesteuerung wie etwa Kinderfreibeträge, sollen künftig an die Inflationsentwicklung angepasst werden.

---

## E39

### Beschluss

#### **Besteuerung von Spekulationsgewinnen aus Geschäften mit Immobilien, Kunstgegenständen und Luxusgütern**

Der SPD-Landesparteitag Sachsen-Anhalt spricht sich für Abschaffung der Spekulationsfristen auf private Veräußerungsgeschäfte gem. § 23 EStG für Geschäfte mit Immobilien, Kunstgegenständen und Luxusgütern aus. Künftig sollen also entsprechende Geschäfte unabhängig von der Haltedauer (derzeit 1 Jahr bzw. 10 Jahre bei Immobilien) regulär mit Einkommensteuer besteuert werden. Davon nicht betroffen sind private Veräußerungsgeschäfte mit Immobilien, die zu eigenen Wohnzwecken genutzt werden.

## L Landtagswahl 2021

### L1

## Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Zwischenstand: Was wir erreicht haben, wo wir hin wollen

Nach der Landtagswahl 2016 haben wir gemeinsam beschlossen, auf Landesebene eine Koalition mit CDU und Grünen einzugehen. Diese Koalition geht jetzt in die letzte Phase ihrer Arbeit. Schon bei der Bildung der Regierung war klar: Das ist kein auf Dauer angelegtes Bündnis. Für uns gilt deshalb: Mit der Landtagswahl 2021 werden die Weichen neu gestellt. Wir werden uns in den nächsten Monaten darauf vorbereiten, mit einem erneuerten personellen und programmatischen Angebot zu dieser Wahl anzutreten und für eine demokratische, handlungsfähige Mehrheit in Sachsen-Anhalt zu kämpfen, die unser Land stärker macht, mehr soziale Gerechtigkeit durchsetzt und für die Werte einer freiheitlichen, weltoffenen Gesellschaft einsteht.

### Wofür wir angetreten sind:

Die Regierungsbildung 2016 verfolgte das Ziel, dass demokratische Parteien – trotz ihrer großen Unterschiede – angesichts zahlenmäßig starker Rechtsextremisten im Landtag beweisen, dass sie gemeinsam regieren und gestalten können. Zu diesem Anspruch stehen wir.

Wir haben dennoch beim Landesparteitag im April 2016 in Halle deutlich gemacht, dass es mit uns keine Regierungsbildung um jeden Preis gibt, und haben sechs „Knackpunkte“ für die Bildung der Koalition festgelegt:

- eine Offensive für die Kommunen, einschließlich Verbesserungen beim KiFöG zur Entlastung von Eltern und Kommunen
- mehr Sicherheit durch mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße
- volle Unterrichtsversorgung durch mehr Lehrerinnen und Lehrer
- sichere Hochschulfinanzierung
- Investitionen in den sozialen Arbeitsmarkt als neue Perspektive für Langzeitarbeitslose
- eine Politik für Demokratieförderung und Integration

### **Was wir erreicht haben:**

Der in einigen Bereichen überzogene Sparkurs früherer Jahre gehört der Vergangenheit an. So ist die Stärkung der kommunalen Finanzen seit Beginn der Wahlperiode Priorität sozialdemokratischer Landespolitik. Mit der Einstellung von bislang über 2.000 Polizeianwärterinnen und -anwärtern wurde dafür gesorgt, dass in Sachsen-Anhalt künftig mehr Polizei auf der Straße ist.

Mit dem neuen KiFöG und der Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes haben wir zielgenau Mehrkindfamilien und Eltern mit niedrigen Einkommen entlastet, den Einstieg in bessere Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher geschaffen und die Fachkräftesicherung unterstützt. Wir haben das Schulgeld für Pflegekräfte und andere soziale Berufe abgeschafft. Mit dem Programm zum sozialen Arbeitsmarkt wurden 2.000 Menschen in Beschäftigung gebracht, die lange keine Teilhabe am Arbeitsleben hatten. Bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und der Fachkräftezuwanderung sind die Fortschritte deutlich.

Die Grundfinanzierung der Hochschulen als Leuchttürme der Entwicklung unseres Landes wurde nachhaltig erhöht, unter anderem zur Schaffung neuer und zur Entfristung bestehender Stellen. Mit dem neuen Hochschulgesetz werden die Bedingungen für gute Arbeit weiter verbessert, die Hochschuldemokratie gestärkt und die Möglichkeiten für Ausgründungen und Zusammenarbeit mit Unternehmen ausgebaut. Die Wirtschaftsförderung wurde schwerpunktmäßig auf die Stärkung von mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetrieben ausgerichtet. Gleichzeitig wurden große neue Ansiedlungsvorhaben in der Industrie auf den Weg gebracht.

Wir haben mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit den Menschen den Rücken gestärkt, die sich engagieren für ein friedliches Zusammenleben, für eine selbstwusste Demokratie, gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Nach dem Anschlag von Halle ist das wichtiger denn je, ebenso wie der Einsatz der Sicherheitsbehörden gegen rechtsextremistische Terroristen und Straftäter.

### **Was noch nicht geschafft ist:**

An den Schulen unseres Landes gibt es immer noch keine umfassende Unterrichtsversorgung. Im Gegenteil: Die Situation hat sich weiter verschlechtert. Mit der Einstellung neu ausgebildeter Lehrerinnen und Lehrer wurde ebenso zu spät begonnen wie mit der Gewinnung von Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteigern.

Die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet und Mobilfunk macht in vielen Regionen gute Fortschritte, ist aber noch längst nicht überall erreicht.

Das Tariftreue- und Teilhabegesetz, mit dem Land und Kommunen eine Vorreiterrolle bei der Durchsetzung guter Arbeit und tarifgebundener Löhne übernehmen würden, wird von der CDU blockiert.

Und für ein Paritätsgesetz zur gleichen Vertretung von Frauen und Männern in Parlamenten gibt es noch nicht mal einen Entwurf.

Das Ziel einer modernen, funktionsfähigen, personell und sächlich gut ausgestatteten Justiz ist noch nicht erreicht. Wir benötigen dringend eine aktive Einstellungspolitik einschließlich attraktiver Beschäftigungsbedingungen. Die Investitionen in die infrastrukturellen Maßnahmen, insbesondere der Digitalisierung, müssen erheblich intensiviert werden.

Insgesamt gilt: Mit dem Koalitionsvertrag von 2016 wurde mit vielen guten Projekten eine positive Entwicklung angestoßen. Was in dieser Koalition nicht möglich ist, ist eine langfristig angelegte, übergreifende Strategie für zukunftsfähige Strukturen der Daseinsvorsorge in allen Regionen unseres Landes, von der Gesundheitsversorgung bis zum ÖPNV.

#### **Was wir jetzt durchsetzen müssen:**

Im Landeshaushalt 2020/21 müssen für die verbleibende Zeit der Legislaturperiode die sozialdemokratischen Vorhaben in den Bereichen Arbeit, Soziales und Integration sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung abgesichert werden. Dasselbe gilt für das im Koalitionsvertrag vereinbarte Azubi-Ticket und für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Wir unterstützen alle Anstrengungen, mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Bürokratische Blockaden im Verfahren müssen abgebaut werden. Damit das gelingt, muss das Land auch Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteiger gewinnen und dafür sorgen, dass ihr Einstieg gelingt. Gleichzeitig steht die SPD dafür, die Vielfalt der Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt zu erhalten. Schulschließungen aus Lehrermangel darf es nicht geben! Das Erfolgsmodell der Gemeinschaftsschule muss weiter ausgebaut und gestärkt werden, einschließlich des Aufbaus von Abiturstufen.

Das Tariftreue- und Vergabegesetz muss kommen. Sachsen-Anhalt muss weg von Billiglöhnen, Niedrigrenten und Abwanderung!

Beim Ausbau des Mobilfunks im Land müssen die weißen Flecken schnell verschwinden. Die jüngsten Zusagen der Mobilfunkbetreiber und die neue Mobilfunkstrategie des Bundes bieten die Gelegenheit, beide verstärkt in die Pflicht zu nehmen.

Kommunale Krankenhäuser müssen in öffentlicher Hand bleiben. Die Krankenhauslandschaft Sachsen-Anhalts muss erhalten, qualitativ gestärkt und wirtschaftlich stabil gehalten werden. Kommunale Krankenhäuser müssen in öffentlicher Hand bleiben.

#### **Wo wir hin wollen:**

Wir werden in den nächsten Monaten ein Wahlprogramm mit klarer sozialdemokratischer Grundhaltung und mit konkreten Handlungsperspektiven für fortschrittliche Politik in Sachsen-Anhalt erarbeiten. Dafür suchen wir das direkte Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Verbänden, Gewerkschaften und Vereinen. Demokratie braucht Beteiligung – diese Einsicht braucht neue Wege, die wir gemeinsam auf allen Ebenen der Partei suchen und gehen müssen.

- Wir wollen, dass 30 Jahre nach der Wiedervereinigung die Angleichung bei Löhnen, Renten und wirtschaftlicher Entwicklung vollendet wird.
- Wir wollen ein Land der Zukunftsbranchen, der innovativen Verfahren und Produkte und der modernen Infrastruktur werden, ein Land, das junge Menschen hält und anzieht, ein Land, in dem Zukunft geschmiedet wird. Wir wollen ein Land, das auf Wachstum statt Schrumpfung, auf Zuzug statt Weggang und auf Zuwanderung statt Ausgrenzung setzt.
- Wir wollen in Stadt und Land in Sachsen-Anhalt gleichwertige Lebensbedingungen durchsetzen. Dafür muss Politik für den ländlichen Raum aus der Perspektive des ländlichen Raums entwickelt werden. Ländliche Räume sind Regionen mit eigenen Potentialen und eigener Lebensqualität. Wir brauchen die großen Städte als urbane Zentren und überregionale Anziehungspunkte und wollen ihre positive Entwicklung der letzten Jahre weiter unterstützen. Wir wollen Lebensqualität und Zukunftsperspektiven in allen Regionen des Landes sichern. Dazu gehört auch eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und ihrer finanziellen Spielräume.
- Wir wollen ein Bildungssystem, in dem längeres gemeinsames Lernen wieder die Regel wird. Dafür wollen wir die Gemeinschaftsschule stärken und ausbauen.
- Wir wollen in allen Bereichen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Inklusion möglich wird.
- Wir nehmen die Herausforderung an, den Klimawandel zu bewältigen. Wir brauchen die Klimawende, um den Generationen unserer Kinder, Enkel und Urenkel einen bewohnbaren Planeten zu hinterlassen. Für uns als SPD gilt dabei der Grundsatz: Klimaschutz darf nicht zur sozialen Frage werden. Energiewende, Verkehrswende und Wohnwende können nur gelingen, wenn alle Teile der Gesellschaft an der Entwicklung teilhaben.
- Wir wollen eine Gesellschaft ohne Hass und Gewalt. Wir bekennen uns uneingeschränkt zu einem vielfältigen Land, das die freie Ausübung von Religion, Kultur und diversen Lebensweisen ermöglicht. Wir setzen uns ein für eine solidarische Gesellschaft, in die sich Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Aussehen oder ihrem ökonomischen Status einbringen können. Dazu muss der Einfluss von Rechtsextremisten in den Parlamenten und im Alltag zurückgedrängt werden. Unser Ziel ist es, dass in einem neu

gewählten Landtag mit großen demokratischen Mehrheiten wieder Koalitionsbildungen nach politischen Übereinstimmungen möglich werden. Wir streben eine progressive Mehrheit anstatt erzwungener Bündnisse an.

2021 wird Sachsen-Anhalt vor der Richtungsentscheidung stehen, ob Anstand und Vernunft Leitlinien der Regierungspolitik sein sollen oder ob das erste CDU/AfD-Regierungsprojekt installiert wird. Wir werden die Zeit bis zur Landtagswahl nutzen, um allen Bürgerinnen und Bürgern diese Entscheidungsalternativen deutlich zu machen.



## I Initiativeanträge

### I1

#### **Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

### **Eine leistungsfähige, öffentliche Krankenhauslandschaft für ganz Sachsen-Anhalt**

Sachsen-Anhalt braucht auch in Zukunft eine flächendeckende, verlässliche, leistungsfähige und ausdifferenzierte Krankenhauslandschaft. Eine hochwertige Gesundheitsversorgung ist eine der wichtigsten Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, Grundlage für Lebensqualität in den Regionen unseres Landes und mitentscheidend für die Attraktivität des Standortes Sachsen-Anhalt. Rückgrat eines funktionsfähigen Krankenhaussystems sind die Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft.

Die gegenwärtige Entwicklung beunruhigt jedoch viele Bürgerinnen und Bürger und gefährdet das Vertrauen in die Krankenhausversorgung. Ursache dafür sind die vielfach zurückgestellten Investitionen, der Abbau von Leistungen insbesondere in privatisierten Krankenhäusern sowie aktuell die Insolvenz der Burgenlandklinik, die Schließungspläne für das Krankenhaus in Havelberg und der unverantwortliche Umgang des privaten Krankenhausbetreibers Ameos mit seinem Fachpersonal in mehreren Landkreisen Sachsen-Anhalts. Die Bereitschaft der CDU-Seite in der Landesregierung, weitere Krankenhäuser zu privatisieren, verschärft die Sorgen um die Zukunft der medizinischen Versorgung in der Fläche.

Für eine verlässliche Entwicklung unserer Krankenhäuser müssen jetzt mehrere Weichen neu gestellt werden:

1. Die Übertragung kommunaler Krankenhäuser an private, gewinnorientierte Unternehmen war ein Fehler. Verantwortlich dafür waren finanz- und ordnungspolitische Rahmenseetzungen durch Bund und Land, die zahlreiche Kreistage zu solchen Entscheidungen bewogen haben. Der Zwang zu Gewinnabfuhr und Profitmaximierung gefährdet den öffentlichen Versorgungsauftrag. Weitere Privatisierungen lehnt die SPD deshalb ab. Die Krankenhausversorgung muss weiterhin durch öffentliche und andere gemeinnützige Träger abgesichert werden. Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die gefährdete Krankenhäuser vor einer Privatisierung bewahren wollen, brauchen die volle Rückendeckung der Landesregierung.

Das gilt auch für die derzeit insolvente Burgenlandklinik. Die Kooperation mit der Uniklinik Halle bietet große Chancen für eine hochwertige medizinische Versorgung im Süden Sachsens-Anhalts. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, mit dem Vorstand des Uniklinikums Möglichkeiten zu prüfen, damit es ein öffentliches, gemeinnütziges Kooperationsmodell für die Burgenlandklinik gibt. Die Burgenlandklinik und andere Krankenhäuser dürfen nicht zum Spekulationsobjekt privater Konzerne werden!

2. Für die Lösung struktureller Probleme der Krankenhauslandschaft und für eine qualitativ hochwertige fachmedizinische Versorgung brauchen wir eine trägerübergreifende Kooperation in den Regionen. Die Landesregierung hat unter Federführung vom Wissenschafts- und Sozialministerium zu den Schwerpunktbildungen ein Konzept zu erarbeiten. Dabei ist sicherzustellen, dass der gesetzliche Versorgungsauftrag und die Ziele der Krankenhausplanung flächendeckend umgesetzt werden. Die Landesregierung ist insbesondere in der Verantwortung, die Unikliniken so aufzustellen, dass sie eine wichtige Rolle in diesen regionalen Kooperationsstrukturen übernehmen können.
3. Die Krankenhäuser haben einen hohen Nachholbedarf bei Investitionen. Um den dringenden Bedarf anzupacken, setzen wir uns für ein kurzfristiges, kreditfinanziertes Investitionsprogramm ein und fordern CDU und Grüne auf, gemeinsam mit der SPD im Landeshaushalt 2020/21 die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Die aktuellen Kostenprobleme der Krankenhäuser beruhen aber nicht nur auf fehlenden Investitionsmitteln. Der steigende Kostendruck geht auch auf bundesgesetzliche Neuregelungen zurück, für die wir uns auch als SPD stark gemacht haben, weil sie für mehr Qualität, höhere Patientensicherheit und bessere Arbeitsbedingungen sorgen. Diese Qualitätsvorgaben dürfen aber nicht dazu führen, dass in der Fläche Krankenhäuser schließen müssen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Sicherstellungszuschläge der Krankenkassen für Krankenhäuser erhöht werden, die der Grundversorgung dienen.
4. In Regionen, in denen kommunale Krankenhäuser in den letzten Jahren privatisiert wurden, muss sichergestellt werden, dass der öffentliche Versorgungsauftrag in vollem Umfang erfüllt wird und mindestens dieselben Standards gelten wie in kommunalen Krankenhäusern – bei der Qualität und Breite des medizinischen Angebots, in der Fürsorge für die Patientinnen und Patienten und bei Vergütung und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Wo der öffentliche Versorgungsauftrag nicht mehr gewährleistet werden kann, muss die Privatisierung rückabgewickelt werden.
5. Arbeit in Gesundheitsberufen ist Dienst am Mitmenschen und verdient anständige Bezahlung. Im Wettbewerb um medizinische Fachkräfte müssen Sachsen-Anhalts Krankenhäuser ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gutes Geld für gute Arbeit bieten. Die SPD verurteilt den rücksichtslosen Umgang des privaten Krankenhausbetreibers Aneos

mit seinen Beschäftigten, die Schikanen gegen Streikende und die willkürlichen Entlassungen von streikbereiten Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern. Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaft ver.di nach Aufnahme von Tarifverhandlungen und erklären uns nachdrücklich solidarisch mit den Beschäftigten von Ameos!

Die SPD wird im Landtagswahlkampf für die Sicherstellung eines dauerhaft leistungsfähigen Krankenhaussystems werben und über die Gefahren aufklären, die weitere Privatisierungen mit sich bringen würden.

---

## 12

### Beschluss

## Zukunft der Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt

---

## 13

### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

## Mehr Schutz für gesellschaftlich engagierte Menschen in Sachsen-Anhalt

Die SPD Sachsen-Anhalt steht solidarisch an der Seite aller Menschen, die wegen ihres Engagements für die Gemeinschaft, bedroht werden. Die zunehmenden Drohungen dürfen nicht den Zusammenhalt in unserem Land gefährden.

Wir fordern daher:

- eine Zusammenarbeit aller demokratischer Parteien, um gesamtgesellschaftliche Lösungen zu finden
  - Personelle Verstärkung des Staatsschutzes in den Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften des Landes
  - keine Einstellung von Verfahren gegen Hasskriminalität wegen mangelndem öffentlichem Interesse oder Geringfügigkeit
  - bei Bedrohungen über Online-Plattformen sind die Anbieter in der Verantwortung Hilfe zur Aufklärung zu leisten und nicht die Opfer
  - Bessere Beratung und Benennung von Ansprechpersonen für Betroffene, die bedroht werden, z.B. durch Nennung auf sog. „Todeslisten“
  - vereinfachte Meldeverfahren online/analog und regionale Ansprechpersonen für Betroffene
  - Informationsangebote für gesellschaftlich engagierte Menschen, um Ängste zu nehmen und negative Erfahrungen besser zu verarbeiten
- 

## **14**

### **Beschluss**

**Annahme in geänderter Fassung**

### **Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!**

Der Landesvorstand der SPD Sachsen-Anhalt unterstützt das Anliegen des Volksbegehrens “Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!” und fordert die Landtagsfraktion auf, nach dem Volksentscheid einen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen, der dem Anliegen entspricht.

## O Organisationspolitik

### O1

#### Beschluss

### Für eine dritte Geschlechteroption in offiziellen SPD-Dokumenten

---

### O2

#### Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

### **Gegen jeden Antisemitismus! – Keine Zusammenarbeit mit der antisemitischen BDS-Bewegung und demokratischer Widerstand gegen Unterstützer\*innen dieser Bewegung und ihre Aktionen**

Die BDS-Bewegung verbindet ihre Kritik an der Politik des Staates Israel mit einer Leugnung des Existenzrechts des Staates Israel. Das ist unverhohlener Antisemitismus.

Die SPD Sachsen-Anhalt steht solidarisch zu Israel und erkennt Israels Recht auf Existenz und Selbstverteidigung als unverhandelbar an. Der seit Jahren grassierende Antisemitismus ebbt nicht ab und muss daher mit mehr Vehemenz bekämpft werden. Daher fordern wir folgende Punkte einzuhalten und gegebenenfalls umzusetzen:

- SPD-Gliederungen und SPD-Mitglieder beteiligen sich nicht an der BDS-Kampagne. Alle Formate (Veranstaltungen, Ausstellungen, Demonstrationen, usw.), an der die BDS-Bewegung beteiligt ist, erfahren unseren demokratischen Widerstand.
- Wo die SPD in Bündnissen vertreten ist, setzen wir uns gegen jegliche Form der Kooperation mit Vereinigungen, die Unterstützer\*innen der BDS-Kampagne sind, ein.

- Die Schiedskommissionen auf Kreis- und Landesebene sollen zukünftig die Teilnahme an BDS-Aktionen durch SPD-Mitglieder als parteischädigendes Verhalten werten und dementsprechend nachverfolgen.
  - SPD-Mitglieder setzen sich auf allen Ebenen dafür ein, dass Aktionen der BDS-Bewegung nicht in öffentlich finanzierten Räumlichkeiten stattfinden und auch nicht über Umwege durch öffentliche Mittel finanziert werden.
  - Die SPD setzt sich aktiv gegen alle politischen Bestrebungen ein, israelische Produkte gezielt zu kennzeichnen.
- 

## **O3**

### **Beschluss**

#### **Verbot von Parteispenden aus der Rüstungsindustrie**

Der Bundesparteitag der SPD möge den Beschluss fassen, bundesweit auf Parteispenden aus der Rüstungsindustrie zu verzichten und auf allen Ebenen der Partei eine Annahme dieser zu verbieten.

---

## **O4**

### **Beschluss**

**Annahme in geänderter Fassung**

#### **Barrierefreie Kommunikation auch parteiintern**

Der Parteivorstand wird aufgefordert, den Parteivorstand und alle übrigen Parteigremien zur parteiinternen barrierefreien Kommunikation, insbesondere auch im Mailverkehr, zu entwickeln.

---

## O6

### Beschluss

#### **Auf Barrierefreiheit ist bei allen Veranstaltungen der SPD hinzuwirken**

Der Landesvorstand soll darauf hinwirken, dass bei allen Veranstaltungen der SPD, bis in die untersten Gliederungen (Ortsvereine etc.) allumfassende Barrierefreiheit gewährleistet wird.

---

## O7

### Beschluss

#### **Signal statt WhatsApp**

Überweisen an

Landesvorstand

---

## O8

### Beschluss

#### **Europa als ein Schwerpunkt des Landesvorstandes**

Der neue Landesvorstand wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass die Themen „Europa“ und „Stärkung des europäischen Zusammenhalts“ zu einem Schwerpunktthema sozialdemokratischer Landespolitik werden. Dieses soll dazu beitragen, in der Öffentlichkeit die Werte der Europäischen Union in den Mittelpunkt zu stellen und sich für ein wirtschaftlich starkes, zugleich aber auch sozial gerechtes und multikulturelles Europa einzusetzen. Zugleich soll die Erarbeitung einer europapolitischen Strategie des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt geprüft werden.



## S Satzungsänderung

**S1**

**Beschluss**

### **Reform der Antragskommission**

Überweisen an

Landesvorstand

---

**S2**

**Beschluss**

### **Antragsrecht für Landesfachausschüsse**

Ergänze in der Satzung des Landesverbandes:

§4 Landesparteitag Abs. (8) „, Fachausschüsse und Arbeitskreise“ hinter „Arbeitsgemeinschaften“